

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 298 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 31 B

BERLIN • Sonnabend, den 6. Februar 1932

1. JAHRGANG

Der Krieg im Fernen Osten.

Chinas Gegenwehr. — Japan und die Sowjet-Union.

Ein chinesischer Bericht.

Am Donnerstag morgen erneuerten die Japaner ihren Angriff auf den Nordbahnhof in Schanghai. Bombenflugzeuge und Artilleriefeuer hatten vorgearbeitet. Es heißt, daß Tschapei und der Nordbahnhof furchtbar zerstört seien. Trotzdem wurde auch dieser Angriff von den Chinesen abgeschlagen. Die Chinesen hatten in der Nacht Verstärkung herangeholt und konnten einen Panzerzug einsetzen. Sie beantworteten den japanischen Angriff mit einem Gegenstoß. Die Kämpfe dauerten bis in die frühen Morgenstunden des 5. Februar fort. Auf chinesischer Seite beteiligten sich auch Frauen an den Kämpfen.

Durch Flugzeugbomben wurden am Donnerstag verschiedene Telefonkabel zerstört; Schanghai ist nur noch durch die Funkstation und ein einziges Kabel mit der Außenwelt verbunden.

Die chinesischen Banken, die geschlossen hatten, haben am Donnerstag ihre Tore wieder geöffnet. Sie befinden sich in einer schweren Finanzkrise. Der Finanzminister Soong ist in Schanghai eingetroffen, um eine Untersuchung ihrer Lage vorzunehmen.

Auf einer Kabinettsitzung in Tokio wurde beschlossen, eine weitere Marine-Division nach Schanghai zu schicken. Japanische Staatsangehörige verlassen Schanghai und begeben sich nach Tokio.

Auch in Chharbin werden weitere japanische Truppen zusammengezogen. Nach dem Einmarsch der japanischen Truppen in Chharbin hat die japanische Regierung ihren Botschafter in Moskau beauftragt, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß die japanische Regierung gezwungen gewesen sei, Chharbin zu besetzen. Das japanische Oberkommando habe strenge Anweisung erhalten, keine Schritte zu unternehmen, die gegen die russischen Interessen verstießen. Nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse würden die

japanischen Truppen Chharbin wieder räumen. Die japanischen Truppen hätten Anweisungen erhalten, irgend welche Konflikte mit russischen Beamten zu vermeiden.

Ueber die Beschießung von Nanking gibt die chinesische Gesandtschaft in Berlin das folgende ihr zugegangene amtliche Telegramm heraus:

„In der Nacht des 1. Februar haben die japanischen Kriegsschiffe, die vor Hsiakuan, der Vorstadt Nankings, auf dem Yangtse vor Anker lagen, unter Benutzung von Scheinwerfern den Bahnhof von Hsiakuan, das Astronomische Institut und die verschiedenen Berge in Nanking mit Artilleriefeuer belegt. Gleichzeitig feuerten die japanischen Marinesoldaten mit Gewehren und Maschinengewehren auf die Stadt. Die Beschießung dauerte bis kurz nach 24 Uhr. Um Zusammenstöße zu vermeiden, haben die chinesischen Truppen das Feuer nicht erwidert.“

Unter Mißachtung der Beschlüsse des Völkerbundsrats und der Vereinbarungen des Neun-Mächtepakts, sowie des Kriegsächtungsvertrages, hatten die Japaner vorher Schanghai angegriffen. Während noch größte Aufregung in China über diesen Angriff herrschte, haben die Japaner ihr Geschütz- und Maschinengewehrfire auf die Hauptstadt Nanking gerichtet. Es ist offenbar die Absicht der Japaner, an den verschiedensten Punkten des Landes militärische Aktionen gegen China zu unternehmen. Die Nationalregierung hat bereits in Tokio energisch gegen das japanische Vorgehen protestiert und wird Japan für die in China verursachten Schäden haftbar machen.

Am Mittwoch nachmittag wurde an Bord eines vor Nanking liegenden japanischen Kriegsschiffes von chinesischen und japanischen Regierungsbeamten eine Waffenruhe für Nanking vereinbart.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Aufruf zum Handeln.

Die Bedrohung Chinas und der Sowjet-Union.

Im Augenblick ist zwar eine gewisse Ruhe im Fernen Osten eingetreten. Aber wer weiß, ob dies nicht lediglich eine Atempause ist? Eine Atempause, die wir noch nutzen können!

Was im Fernen Osten noch möglich ist, brauchen wir nicht lange zu überlegen. Nach dem, was schon geschehen ist, ist alles möglich.

Nach der Besetzung der Mandschurei rückt Japan mordend und sengend gegen eine chinesische Stadt nach der anderen vor, im Norden, in der Mitte, im Süden. In der Richtung auf Sibirien haben die Japaner den wichtigsten Knotenpunkt der von Russen und Chinesen gemeinsam betriebenen Chinesischen Ostbahn, Chharbin, besetzt und einen Teil der Bahn beschlagnahmt. Gleichzeitig mit diesen Provokationen hört man wieder von weißrussischen Formationen.

Generaloberst von EINEM schreibt in einem Leitartikel des HUGENBERG'schen „Tag“ vom 4. Februar: „Wenn es (Japan) sein Ziel erreicht, wird ein ungeahnter Aufschwung Japans die Folge sein; eine Belohnung für die Energie seines nationalen Willens, die Tapferkeit seiner Soldaten und die Klugheit seiner Staatsmänner. Wir wissen genau, daß kriegerische Auseinandersetzungen an einer Wettecke der Welt heute noch gefährlicher sind als vor dem Kriege 1914-18.“

Wir sehen: Bei fortschreitender Krise hat offenbar die Hochkonjunktur der Kriegstreiber begonnen.

Japan hätte es sich gewiß nicht erlaubt, so rücksichtslos aufzutreten, wenn es nicht mindestens der „wohlwollenden Neutralität“ mindestens einer Großmacht gewiß gewesen wäre. Diese Macht ist vermutlich die gegenwärtige französische Regierung. Das dürfen wir bis zum Beweis des Gegenteils in Rechnung stellen, ohne der französischen Regierung Unrecht zu tun.

Diese französische Regierung (nicht etwa Frankreich!) ist sehr daran interessiert, daß im Völkerbund kein Beispielfall geschaffen werde, bei dem der Bund gegen die Politik einer Großmacht mit Erfolg interveniert. Diese Regierung ist ferner daran interessiert, daß Japan auf der Abrüstungskonferenz der französischen Rüstungspolitik „nicht unsympathisch“ gegenübersteht. Als Gegenleistung dafür nimmt Frankreich der japanischen Politik gegenüber eine „nicht unsympathische“ Haltung ein. Die französische Regierung ist schließlich auch daran interessiert, und zwar aus mancherlei Gründen, der Sowjet-Union Schwierigkeiten zu bereiten.

Diese seit langem bestehende und weit verbreitete Vermutung wird durch verschiedene öffentliche und private Meldungen bekräftigt. Die rechts stehenden französischen Blätter haben jedenfalls die Haltung Japans, mindestens bis vor kurzem, etwa so, wie jetzt in Deutschland der „Tag“, als gerechtfertigt bezeichnet.

An den Vorgängen hinter den Kulissen sind aber alle Großmächte beteiligt. Denn es würde ja genügen, daß auch nur eine Großmacht öffentlich ausspricht, was hier gespielt wird, und daß sie die Maßnahmen zu ergreifen anregt, die das Völkerbundsstatut vorsieht, um den ganzen Treibereien wenigstens in dem jetzigen drohenden Konflikt ein Ende zu bereiten.

Angesichts der internationalen Geheimtuerie und öffentlichen Untätigkeit, die sich hinter einem ungeheuren Aufwand an Noten und Kommissionen verbirgt, ist die Schwierigkeit der Lage der Sowjet-Union begreiflich. Das Vorgehen der Japaner scheint immer mehr geradezu darauf hinauszulaufen, ausfindig zu machen, wieviel der Sowjet-Union unmittelbar zugemutet werden kann. Und die europäischen Regierungen haben Gelegenheit, ausfindig zu machen, in welchem Umfang die Arbeiterschaft, angesichts der Spaltung in ihren Reihen, überhaupt noch ernst zu nehmen ist. Trotz aller sachlichen Bedenken gegen die Methoden der Kommunisten in Fragen der Gewerkschaftstaktik, Wirtschafts- und Kulturpolitik — Bedenken, die wir, wie seit Jahren im „ISK“ dargelegt, teilen —, trotz aller solcher ernststen Bedenken ist die Sowjet-Union jedenfalls der einzige Staat, in dem prinzipiell nicht ausgebeutet werden soll, und dessen Armee dem Kampf gegen die Ausbeutung und nicht

Das Elend im Trierer Grenzbezirk.

f Trier, 2. Februar.

In letzter Zeit sind alle bisher noch in Luxemburg und Elsaß-Lothringen beschäftigten Arbeiter aus dem Grenzlandgebiet des Trierer Bezirks zur Entlassung gekommen. Besonders die Firma DE WENDEL in Klein-Rosseln in Lothringen hat umfassende Abbaumaßnahmen vorgenommen und sogar diejenigen Bergleute entlassen, die bereits 25 und mehr Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Während im übrigen Reich durchschnittlich ein Viertel der Berufstätigen arbeitslos ist, hat im Trierer Grenzbezirk kaum ein Zehntel der ehemals Beschäftigten lohnbringende Arbeit.

Infolge der Wirtschaftslage haben sämtliche Gemeinderatsmitglieder von Britten, Bezirk Trier, ihre Ämter niedergelegt. Keiner will die Verantwortung für die Sanierung des Gemeindehaushalts tragen.

Wieder 1900 auf die Straße.

k Prag, 4. Februar.

Die Brüner Waffenfabrik entläßt etwa 1000 Arbeiter.

r Dortmund, 4. Februar.

Die HOESCH-Köln-Neuessen A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb hat, nachdem erst zum 1. Februar 350 Mann auf Zeche „Kaiserstuhl“ entlassen wurden, erneut Antrag auf Entlassung von über 400 Bergleuten gestellt.

r Dortmund, 4. Februar.

Die Verwaltung der Gewerkschaft EWALD nimmt Betriebsbeschränkungen auf der Schachtanlage III bis IV in Buer-Resse vor. Zur Entlassung kommen voraussichtlich 500 Arbeiter und 30 Angestellte.

Zweierlei Stimmen zur Abrüstung.

R. B. Genf, 2. Februar.

Die „Dépêche de Toulouse“ schreibt zur Abrüstungskonferenz:

„Was allein Sicherheit in einer Gesellschaft herstellt, ist die Schaffung einer Autorität, welche über eine Macht verfügt, die stärker ist als die eines einzelnen oder einer Gruppe von einzelnen. Solange die Völker darauf rechnen können, daß ihre Regierungen sie verteidigen werden, wird es keine Sicherheit geben; denn es kann nur eine gemeinsame Sicherheit geben, die in der gleichen Schwäche aller begründet liegt. Es ist eine evidente Wahrheit, die in der öffentlichen Meinung noch keinen Fuß gefaßt hat: Wenn die Völker nicht abrüsten und keine Sicherheit besitzen, so liegt es daran, daß sie beides nicht wollen. Das einzige Mittel, zu Sicherheit und Abrüstung zu gelangen, besteht darin, eine dem Völkerbund unterstehende Macht zu schaffen, der niemand widerstehen kann; z. B. könnte man das Flugzeugwesen monopolisieren. Welche Regierung aber ist bereit, auf einen solchen Verzicht einzugehen?“

„Lavoro Fascista“ schreibt über den neunten Jahrestag der Schaffung der nationalen italienischen Miliz:

„Der Faschismus ist eine Revolution, die noch nicht beendet ist. Heute halten wir Schritt, die Waffe in der Hand. Erziehen wir und bereiten wir mit heißer Liebe unsere Jugend vor, daß sie morgen Träger unseres Vaterlandes wird und Verwirklicher unserer kühnsten Pläne.“

Auf der Abrüstungskonferenz ist die italienische Delegation trotzdem vertreten.

Strafanträge im Helldorf-Prozeß.

h Berlin, 4. Februar.

Nach 27 tägiger Verhandlung stellte im Kurfürstendamm-Prozeß, der die Vorgänge am jüdischen Neujahrsfest am Kurfürstendamm verhandelt, der Staatsanwalt die Strafanträge. Er beantragte gegen Graf Helldorf wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Anreizung zu Gewalttätigkeiten zwei Jahre Gefängnis, außerdem wegen Beleidigung 300 Mark Geldstrafe. Gegen zehn weitere Angeklagte beantragte er insgesamt zehn Jahre, acht Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe.

imperialistischen Zielen dienen soll. Das macht sie verteidigungswert für jeden Sozialisten.

Wie verhält sich die internationale Arbeiterschaft angesichts einer Lage wie der jetzigen? Die richtige Antwort auf diese Frage zu geben, ist jetzt nötig.

Ein bloßer Appell, wie ihn der am 31. Januar in Paris tagende französische Sozialistenkongress an die Arbeiter aller Länder gerichtet hat, ist nicht die richtige, jedenfalls nicht eine ausreichende Antwort.

Die Kommunistische Internationale und andere kommunistische Organisationen haben beschlossen, an einem noch festzusetzenden Tage gegen Japans Vorgehen Kundgebungen zu veranstalten.

Wir begrüßen diesen Schritt. Er ist geeignet, die internationale Arbeiterschaft zu veranlassen, zum Handeln überzugehen. Und wir hoffen und wünschen, und wollen daran helfen, daß diese Gelegenheit benutzt wird, die Solidarität der Arbeiterschaft den Genossen und Kollegen und dem Feinde zu beweisen.

Was kann geschehen, damit dieses Teil-Ziel des proletarischen Kampfes wirklich gefördert wird? Hierzu kann die Komintern selber viel tun. Es ist nötig, daß bei den von ihr einberufenen Versammlungen und Demonstrationen alles vermieden oder beseitigt wird, was nicht unbedingt etwas mit der in Frage stehenden Angelegenheit zu tun hat. Abgesehen davon, daß Beschimpfungen des einen Teils der Arbeiterschaft durch den anderen völlig unzulässig sind, ist es überflüssig und hemmend, mit der Parole gegen den Krieg z. B. auch die eines „Sowjetdeutschland“ oder eine ähnliche zu verbinden. Ob die Parole „Sowjetdeutschland“ richtig ist oder falsch — sie steht jedenfalls bei einer solchen Aktion nicht zur Entscheidung, wenigstens nicht so, daß sie unter keinen Umständen auf eine passende Gelegenheit verschoben werden könnte. Es kommt jetzt an auf machtvolle Kundgebungen gegen den Krieg, gegen die Verwaltung Chinas und der Sowjet-Union — auf eine Kundgebung, an der sich alle Arbeiter bedenkenlos beteiligen können.

Es wäre schade, wenn die Komintern oder ihre Sektionen dieses Gebot der Stunde nicht erkennen würden. Leider muß man aber auch damit rechnen! Für diesen Fall sollten die nicht der Komintern angeschlossenen Organisationen der Arbeiterschaft, vor allem der Internationale Gewerkschafts-Bund, eine Anti-Kriegs-Demonstration veranstalten. Auf diese Weise würden auch die Arbeiter aufgeboten, die an einer Demonstration unter der Führung der Komintern nicht teilnehmen wollen oder können.

Selbstverständlich sollten auf allen Kundgebungen einheitliche Parolen und Kampfziele ausgegeben und nicht bloße Großübermittlungen beschlossen werden. Hier gewinnt die Transportarbeiter-Internationale ihre Bedeutung; hier sind Aufgaben für den IGB, den ADGB.

Aber auch die entschiedene Forderung einer einig auftretenden Arbeiterschaft an die europäischen Regierungen und an die amerikanische auf Beendigung aller Halbheiten gegenüber Japan ist nicht etwa eine überflüssige Aktion. Die Wirtschaftskrise ist so weit fortgeschritten, auch in Frankreich, daß die Regierungen nicht mehr so leichtfertig mit Kriegsmaßnahmen spielen würden, wenn sie durch eine mächtige Demonstration der Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kämen, daß wir uns nicht nur um Lohnkämpfe kümmern, sondern auch das Treiben der Geheimdiplomatie mit dem Scheinwerfer einer proletarischen Aktion beleuchten.

An alle Arbeiter ergeht unser Ruf: Veranlaßt Eure Organisationen, an dem Zustandekommen einer Demonstration in dem beschriebenen einheitlichen Sinn mitzu-

Der Krieg im Fernen Osten.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

In Hankau und Tientsin wurde, wie es heißt, das Standrecht verhängt wegen des weiteren Vordringens der Japaner.

Die Antworten Japans und Chinas auf die Vorschläge der europäischen und amerikanischen Großmächte sind jetzt endlich erfolgt. China nimmt die gestellten Bedingungen vorbehaltlich an; Japan weicht aus in der Form, die wir schon gestern berichteten.

England im Zollkrieg.

„Historische Sitzung“ im Unterhaus.

in London, 4. Februar.

28 Jahre, nachdem JOSUAH CHAMBERLAIN das Kabinett verließ, weil seine Zollpolitik für England und das englische Weltreich nicht durchdrang, entwickelte sein Sohn NEVILLE CHAMBERLAIN vor den Abgeordneten des Unterhauses seine Pläne für die neue Zollpolitik. Das Haus war bis auf den letzten Platz besetzt.

Der Tag sei gekommen, so begann CHAMBERLAIN, wo die Regierung die schwierigste Frage in Angriff nehme, derentwegen sie gebildet worden sei. Ihre früheren Maßnahmen zur Einschränkung der Wareneinfuhr seien ein voller Erfolg gewesen.

Der Außenhandel zeige zwar gewisse Anzeichen einer Besserung, aber die Grundfragen der Reparationen und Kriegsschulden seien noch nicht einmal angerührt worden, und die jüngsten Ereignisse im Fernen Osten hätten erneut Grund zu Besorgnissen gegeben. Die hauptsächlichsten Industrien in England könnten nur schwerfällig in Bewegung gesetzt werden. Die Eisen- und Stahlindustrie verharren in einem Zustand des Stillstandes. Schifffahrt und Landwirtschaft befänden sich noch immer auf ihrem tiefsten Stand. Das englische Pfund sei zwar während einer langen Zeit wunderbar stabil gewesen; die Regierung glaube aber, daß das Vertrauen nicht voll wiederhergestellt werden könne, solange die Handelsbilanz ungünstig wäre. Die Einfuhrüberschüsse hätten in den Jahren 1929 bis 1931 bis über 200 Millionen Pfund betragen.

Angesichts dieser Lage müsse die Regierung Maßnahmen ergreifen, um die Handelsbilanz zu verbessern. Eine volle Einigung sei im Kabinett nicht möglich gewesen.

Die Regierung schlage vor, durch einen mäßigen Schutzzoll, der von wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus der Lage der Industrie und der Landwirtschaft angepaßt ist, den englischen Fabriken und dem englischen Boden Arbeit zuzuführen, die bisher anderswo geleistet worden sei. Gleichzeitig ergreife sie die Gelegenheit, um den Ländern des englischen Weltreiches besondere Vorteile anzubieten.

Die Grundlage der Vorschläge sei ein allgemeiner Wertzoll von 10 Prozent auf alle Einfuhren nach England mit gewissen Ausnahmen, worunter Weizen und Brot fallen. Die Tabak-, Zucker-, die MAC KENNA-, die Safeguarding- sowie die Zölle gegen die unnatürliche Einfuhr und die jüngsten landwirtschaftlichen Zölle blieben bestehen wie bisher. Tee würde möglicherweise im nächsten Budget wieder auf die Freiliste gesetzt werden.

Ferner werde ein unabhängiger Ausschuß eingesetzt werden mit der Aufgabe, Empfehlungen auszuarbeiten, welche zusätzlichen Zölle erhoben werden sollen.

Hinsichtlich der Dominions habe die Regierung beschlossen, daß weder der allgemeine, noch der Zusatzzoll vor-

wirken! Laßt Euch nicht abschrecken durch den Hinweis auf Schwierigkeiten.

Vertreter dieser Aufforderung in Euren Gewerkschafts- und Betriebs-Versammlungen, in Euren Partei- und Freidenker-Versammlungen, bei Euren Sport-Kundgebungen und Zusammenkünften!

Vertreter diese Aufforderung als Eure eigene Forderung!

Der Vorstand des ISK.

„Herr Brandt hat Ihnen das ja vorausgesagt!“ triumphiert Ménard mit erbittertem Hohn.

Auch Herr Lamoine blickt sehr besorgt und befleißigt sich einer milden Tonart. Saint Brice will wenigstens den Rückzug zur großen Gebärde machen. Um des Friedens willen nimmt Frankreich das Opfer auf sich, Gemeinschafts-sinn vor die eigenen Interessen zu stellen — so formuliert er den Herren die beginnende Retraite . . .

Da zerreißt zehn Uhr fünfzehn ein Telegramm die elegische Stimmung. Die Admiralität von Toulon meldet, daß das französische Kanonenboot „Aiglon“ vor einer Stunde einen italienischen Minenleger vor der Küste Corsikas in Grund geschossen hat, weil er in französische Hoheitsgewässer eingedrungen war. — Saint Brice sah sein mühsam aufgebautes Werk des Rückzugs wanken. Ein Gewaltakt! Die Folgen mußten unübersehbar sein! In des Himmels Namen, mußte denn der „Aiglon“ gleich in solcher Weise auf sein Recht pochen? Vielleicht war der fremde Minenleger ohne Absicht und durch unseligen Zufall in die französischen Gewässer vorgestoßen!

Die Minister beraten mit hochroten Köpfen. Kostbare Zeit verrinnt.

Der Präsident präzisiert endlich schnaufend seinen Vorschlag: Saint Brice soll sich sofort mit dem italienischen Botschafter in Verbindung setzen, sein lebhaftes Bedauern aussprechen und die Untersuchung des mysteriösen Vorganges zusichern. Dabei soll Saint Brice die Gelegenheit am Schöpfe packen und durch offene Aussprache die Atmosphäre entgiften.

Der Ministerpräsident geht — es ist inzwischen elf Uhr geworden — drei Zimmer weiter, um sich telephonisch mit der italienischen Botschaft verbinden zu lassen.

Im Vorzimmer stößt er mit Herrn Branchera zusammen. Saint Brice frohlockt innerlich: Italiens Botschafter kommt zweifellos, um seinerseits sich zu entschuldigen, weil das italienische Fahrzeug widerrechtlich in fremde Gewässer eindrang . . .

„Ich bin hocherfreut, Herr Botschafter, Sie unvermutet zu sehen! Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung“, sagt der Greis lebenswürdig.

der Ottawa-Konferenz auf sie angewandt werden sollen. Sie schlage ferner vor, daß alle Erzeugnisse der Kolonien, Protektorate und Mandate von dem allgemeinen und dem Zusatzzoll befreit bleiben sollen.

Die Maßnahmen gegen die Länder, die besonders sich gegen England richtende Zölle hätten, würden besonders erwogen werden. Das Handelsministerium werde im Einvernehmen mit dem Schatzamt ermächtigt werden, in solchen Fällen einen Zoll bis zu 100 Prozent zu erheben, der zusätzlich zu den Zusatzzöllen auf irgendwelche Waren hintritt, die aus den England schadenden Ländern eingeführt werden.

Die Regierungsvorschläge, so schloß CHAMBERLAIN seine Rede, stellten einen durchdachten Plan dar, und das Kabinett glaube, daß er im Interesse der Nation liege und den gegenwärtigen Umständen in den anderen Teilen der Welt am besten angepaßt wäre. Der Schatzkanzler beendete seine Rede unter lautem Beifall.

Die Zolldebatte.

in London, 5. Februar.

Im englischen Unterhaus hat nach der Rede CHAMBERLAINs gestern die Aussprache über die Zollpolitik eingesetzt. Der Vertreter der Opposition verlangte eine Erklärung, wie sich die Regierung die Entwicklung der englischen Ausfuhr denke, wenn die englische Einfuhr gekürzt würde. Der Vertreter der Konservativen stellte fest, daß die neuen Maßnahmen keineswegs genügten, England zu retten. Die Maßnahmen seien „das kaum flügge Vögelchen im Vergleich zum ausgewachsenen Vogel des Hochschutzzolls“.

Der liberale Innenminister SAMUEL bezeichnete den zehnprozentigen Zoll als nachteilig für England, da er erstens den Import nicht wesentlich hemmen wird, ferner die Vorzugsstellung der Dominions die Verhandlungen mit dem Ausland erschweren wird. Er und seine Freunde treten für eine Rationalisierung und finanzielle Unterstützung der Industrie ein. Ueber einen vorübergehenden Zolltarif werde er mit sich reden lassen.

Die englische Presse bringt bisher keine bemerkenswerten Ausführungen zu CHAMBERLAINs Rede. Jede politische Richtung drückt in ihrer Presse noch einmal ihre Meinung ab.

Auf eine Anfrage im Unterhaus über die Zukunft des englischen Pfundes wurde erklärt, daß die englischen und französischen Schatzministerien sich über eine Stabilisierung des Pfundes auf einer bestimmten Goldbasis noch nicht einig geworden seien.

In einer Rede hat der englische Handelsminister RUNCIMAN erklärt, daß die Reparations-Ueberweisung eine Gefahr für den Welthandel sei. Nichts könne kurzzeitiger sein, als wenn die Völker immer nur verkaufen, aber nicht kaufen wollten.

Der bekannte englische Nationalökonom KEYNES soll in einem Vortrag behauptet haben, solange nicht in allen Teilen der Welt eine planmäßige Inflation durchgeführt werden würde, gäbe es keinen andern Weg, als eine allgemeine Zahlungsunfähigkeit zu erklären und das gegenwärtige Kredit-system durch ein vollkommen neues System zu ersetzen. Zum Schluß seiner Rede soll er geäußert haben, daß nach seiner Meinung die Finanzkrise den Höhepunkt überschritten habe.

Der Rat der Balkan-Union.

in Istanbul, 4. Februar.

Der Rat der Balkan-Union tagt augenblicklich wieder in Istanbul (dem alten Stambul). Die Einigkeit ist seit der Konferenz im Oktober nicht größer geworden. Wieder stehen die Vertreter Albanien und Bulgariens im gemeinsamen Kampf gegen die Südslawen.

Dänische Arbeiter gegen Unternehmer.

in Kopenhagen, 4. Februar.

Der Vorstand der dänischen Gewerkschaften hat am Donnerstag, zufolge „Extrabladet“, die Forderungen des Arbeitgeber-Verbandes abgelehnt, die, wie gemeldet, eine Lohnsenkung von 20 Prozent bei dreijährigen Tarifverträgen vorsehen, andernfalls am 12. Februar rund 85 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Der staatliche Schlichter hat jetzt das Wort.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(30. Fortsetzung.)

Als der Franzose wieder allein ist, fühlt er sich müde und abgehetzt. Woher nahm der Deutsche, der ein entwaffnetes Volk im Rücken hat, seine Ruhe und Ueberlegenheit? War der Faden Rom—Berlin wahrhaftig schon so fest gesponnen? Ein mageres Kompromiß mit Capponi war immer noch besser als die offene Frontstellung zum mitteleuropäischen Block, den man damit zusammenschweißen half. Saint Brice tritt grübelnd an das Fenster, schiebt die Vorhänge auseinander. Der Tumult auf der Esplanade will nicht versickern. Alle warten auf das befreiende Wort.

Die Rokoko-Uhr schlägt. Acht silberne Schläge. Drei Säle weiter erwarten die versammelten Minister ihren Chef. Saint Brice strafft seine hagere Gestalt. Mit jugendlichen Schritten geht er draußen im Gang an den herumstehenden Dienern vorüber, die ihm bewundernd nachblicken: Unermüdlich ist er doch, der stolze Alte! Er wird es dem Herrn Capponi schon zeigen . . .!

XI.

Abends zehn Uhr tobt im Ministerium am Quai d'Orsay immer noch der Kampf. Die undurchsichtige Haltung des deutschen Botschafters hat stärkstes Mißtrauen ausgelöst. Ueber den Rhein wehte anscheinend kein wohlwollender Wind.

Es war plötzlich etwas Fremdes in den Ministerrat gefahren. Immer tauchte wieder die Frage auf, ob man nicht dem Belgrader Bundesgenossen anraten sollte, die Segel zu wenden.

„Das ist dann für die Italiener ein billiges Fressen gewesen!“ grollt der Kriegsminister Humotte.

Der Schindling Roms verzicht keine Miene. Dürr, elegant, mit scharfgeschnittenem Gesicht, verneigt er sich höflich und kalt. „Ich habe die Ehre, Herr Ministerpräsident, im Auftrag meiner Regierung um die Pässe zu bitten.“

Der Franzose macht eine Handbewegung, als wollte er sich gegen den Türgriff stützen. Aber in derselben Minute hat er sich schon wieder vollkommen in der Hand. „Ich lougno nicht, Herr Botschafter, daß Ihr Auftrag mein tiefstes Befremden hervorruft. Wenn der unglückliche Vorfall vor Corsika Ihre Regierung zu diesem Schritt bestimmt — nun, ich way gerade im Begriff, Ihnen mein Bedauern auszusprechen.“

Der Italiener zuckt distanzierend die Schulter. „Meine Regierung erblickt tatsächlich in der ohne Grund und Anlaß erfolgten Versenkung eines unserer Kriegsfahrzeuge einen Akt offener Feindseligkeit. Ich beabsichtige in drei Stunden mit dem Flugzeug abzureisen.“

Die Worte fahren dem Franzosen kalt an die Kehle. Der neue Menschentyp, den das faschistische Italien hervorgebracht hat — denkt er. Bei jedem Wort, das der Italiener sprach, blickte ihm das Bronzeantlitz des Duce über die Schulter. Was ist aus den Männern des Landes klassischer Schönheit geworden? Objekte einer Idee, die „Staat“ heißt? Wille! Wille! Der alte Preuße in südlicher Neu-Fassung! War das natürliche Wandlung oder nur widernatürliche Züchtung, die vielleicht bei der ersten starken Probe versagte?

Saint Brice zieht sich ganz in Unnahbarkeit zurück. „In einer Stunde werden die Pässe übersandt sein.“

Flüchtig gleiten zwei Hände in konventionellem Gruß voneinander ab.

Im Beratungssaal berichtet Saint Brice den vollzogenen Bruch.

Die Stille im Raum ist unheimlich. Nur das Schnaufen des Präsidenten ist zu hören.

Humotte läßt seine Faust schwer auf den Tisch fallen. „Der Mann in Rom will den Krieg! In zehn Minuten muß unser Botschafter Rimbot den Abberufungsbefehl erhalten!“ Dem alten General sträubt sich die Haarbürste von der roten Schädeldedecke weg.

(Fortsetzung folgt.)

Der Staat als weltlicher Arm der Kirche.

Die KIPA (Katholische Information und Presse-Agentur) vom 16. Januar 1932 berichtet:

Der ungarische Unterrichtsminister hat endgültig entschieden, daß die Kirchengemeinden Kirchensteuern erheben und diese im Notfall staatlich eintreiben können. Dieser Entscheidung erging trotz verschiedentlichem Einsprüche. Die Entscheidung ist deswegen von großer Wichtigkeit, weil es besonders unter den reichen Leuten Drückeberger gibt, die die Kirchensteuer nicht bezahlen wollen. . . . Pfarrer KRISZ legte einen Bericht über die Ferienaktion der Kirchengemeinden vor. Ihm zufolge konnte 33 000 Kindern die Wohltat der Sommerfrische ermöglicht werden. . . .

Aus einem Recht der Bedürftigen an den Staat macht auch Ungarn eine Gnade der Kirche. Die Kirche sichert sich durch Wohltätigkeit zunächst den Einfluß über die Jugend. Der große Erzieher PESTALOZZI sagte: „Die Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts in dem Mistloch der Gnade.“

Julie Pohlmann.

Dokumente der Unkultur.

„Kulturgut der Heimat.“

In einer Monatsschrift „Heimatschollen, Blätter zur Pflege bessischer Art, Geschichte und Heimatkunst“ steht ein Aufsatz „Vom Pulsschlag der Heimat“. Dort heißt es:

„Leider hat der große Krieg dafür gesorgt, daß . . . die schönen alten Sitten und Gebräuche, beruhend auf dem alten Götterglauben, bald verschwunden sein werden. Das ist tief bedauerlich. Um so mehr ist es unsere Pflicht, zu erhalten und zu bewahren, was noch vorhanden ist, damit es als Kulturgut der engeren Heimat den kommenden Geschlechtern erhalten bleibe.“

„Den Neujahrstag 1886 werde ich nicht vergessen. Als mir an dem Tage meine Pate . . . den Wecken überreicht hatte, schlug er mich mit dem neuen „Abuch“ so derb über die Nase, daß mir das Blut über den Mund floß und meine Mutter es mit Mühe und Not stillen konnte. Nach dem Glauben des Alten mußte Blut fließen, sonst blieb das Kind dumm.“

„Das Schlachtfest war in der Knallgegend uns Kindern neben den hohen kirchlichen Festen das größte des Jahres. Wenn das Schwein abgestochen war, nahm mein Vater eine Handvoll Blut und machte damit drei Kreuze an die Stalltür. Aus Scheu fragte ich nie, warum er das tat. Zuletzt war es mir etwas Selbstverständliches: Die drei blutigen Kreuze sollten das Böse vom Stalle fernhalten.“

An einem frostklingenden Wintermorgen passierte bei dieser Gelegenheit ein großer Spaß: Als das etwa 4 Zentner schwere Schwein auf den Hof gebracht wird, muß ihm wohl nichts Gutes ahnen. Kurz entschlossen dreht es sich rum, rennt GREBE AHLER, mit dem großen Schlachtemesser, in der Hand, über den Haufen und zieht meinen Bruder, der es am Schwanz festhält, bis auf die Straße, wo er keuchend liegen bleibt. Nun geht's im Hui die „Säugaß“ hinunter bis auf den zugefrorenen Teich. Eine Menge Zuschauer hinterher. Allen voran mein Bruder. Auf dem Teiche erwischt er den Ausreißer; der scheint die Aussichtslosigkeit seiner weiteren Anstrengungen zu erkennen, dreht sich kurz entschlossen um, und im Nu sitzt mein Bruder rücklings auf dem Birsteintier. Das trägt seinen Reiter unter dem jöhlichen Gelächter der Menge dem Hofe zu und ergibt sich in sein Schicksal.“

Beim Lesen solcher Gemeinheiten, die sogar noch als pflegewürdiges Kulturgut angepriesen werden, wird einem immer wieder ganz klar, was Kirche, Schule, Presse angeht haben. Von einer Ueberwindung der brutalsten Instinkte auch nicht eine Spur, nur von Uebertünchung — bestenfalls. Hier in diesem Milieu „traute Heimatkultur“ haben die Nazis ihren Nährboden; hier brauchten sie nicht zu säen, hier können sie ernten. W. W.

Im Zuge.

Ich gehe den Gang des D-Zuges Berlin—Genf entlang. Ich fahre als Berichterstatter zur Abrüstungskonferenz. Im ersten, zweiten, dritten Abteil, beinahe in allen weiteren liest einer den „Angriff“. Und im Gang stehen fünf bis sechs selbstschneidig Gekleidete — Nationalsozialisten mit Hakenkreuzabzeichen . . . Der Zug fährt dem Tagungsort der Abrüstungskonferenz entgegen . . .

Der Herr im Kamelpelzmantel, der mir gegenüber sitzt, will in die Schweiz, zum Ski-Lauf. Ich frage ihn: „Wie ist das mit der Devisenverordnung? Wieviel darf man mitnehmen?“

Er antwortet: „200 Mark; mehr habe ich auch nicht mitgenommen; warum soll man die Scherereien an der Grenze riskieren, wenn man's bequemer haben kann. Meine Verwandten werden mir fortlaufend je 200 Mark schicken. Dazu sind sie ja berechtigt . . .“

In einem Abteil des Zuges, der von Basel nach Lothringen fährt, sitzen drei italienische Arbeiter und eine alte, italienische Bäuerin. Die Frau ist sehr alt, abgehärrt, müde und schmutzig. In dem Bündel hat sie ihre Sachen neben sich. Die drei Arbeiter sprechen erfüllt von Italien, von seiner warmen Sonne. Was veranlaßte die alte Frau, den weiten Weg nach Elsaß-Lothringen zu machen? Sie will ihren Sohn besuchen, einen Bergarbeiter im lothringischen Eisenerzbergbau. Die anderen drei teilen dasselbe Los wie der Sohn. Der älteste von ihnen erzählt, daß er seit 33 Jahren nicht mehr in Italien war, von wo er als 22jähriger nach Frankreich zur Arbeit ging. Seitdem verbrachte er dort sein Leben im Bergwerk. Jetzt war es das erste Mal, daß er für einen Monat nach Italien zurückkam.

Es war schön, aber — man muß jetzt den Mund halten dort.

Hinter Klostermauern.

Mittelalter in der Großstadt.

In dem Berliner Arbeitervorort Reinickendorf liegt das „Kloster vom guten Hirten“, das der gleichnamigen Schwestern-Kongregation gehört. Hier wird ein katholisches Fürsorgeerziehungsheim für Mädchen unterhalten. Ich bekam für einen Kreis interessierter Menschen die Erlaubnis zur Besichtigung des Klosters. Einfach war das nicht gerade! Fast scheiterte die schon gegebene Einwilligung daran, daß auch Männer mit dabei sein sollten. „Sie müssen verstehen . . . die Kinder sind uns anvertraut . . . es darf doch nichts passieren!“ Ich verbürgte mich persönlich für die Ehrenhaftigkeit jedes einzelnen Teilnehmers; keiner von ihnen würde den jungen Mädchen zu nahe treten; die meisten Männer seien ja auch verheiratet . . . Nun bekam ich die Zusage.

Wir klingelten an dem großen Portal. Nach einer Weile kam die Schwester Pförtnerin mit dem großen Schlüsselbund und ließ uns durch Tor und Türen eintreten, sorgfältig hinter uns alles wieder abschließend. Wir wurden in einen kleinen Warteraum geführt. Die Oberin-Mutter würde bald kommen.

Eine merkwürdige Wandverkleidung fiel uns auf. Was mochte dahinter sein? Eine Betnische vielleicht? Plötzlich ging an dieser Stelle eine Art Schiebefenster hoch. Wir sahen durch die Oeffnung ins Nebenzimmer, von wo uns die Oberin, im schleppenden weißen Ordenskleeid, nun begrüßte. Sie sah wohl unsere erstaunten Blicke. Und sie erklärte: Dies seien die Besuchsräume. In den einen Raum werden die besuchenden Familienangehörigen geführt, in den anderen die Zöglinge, denen der Besuch gilt. Durch das Schiebefenster dürfen sie sich dann unterhalten. Nein — in den gleichen Raum dürfen sie nicht zusammen kommen!

Wir hatten einen Vorgeschmack vom Klosterleben erhalten!

Wir sahen die Mädchen bei der Arbeit. Ein paar hundert Mädchen, zwischen 14 und 21 Jahren; die meisten hier, weil sie in „Fürsorge“ gekommen sind, manche auch auf Wunsch der Eltern. Sie lernen nähen, sticken, waschen, plätten, kochen, kurz, alle hauswirtschaftlichen Arbeiten, und sie erhalten mit ihrer Arbeit zum Teil den Betrieb. Viel Luxuswäsche wird hier gewaschen und gebügelt — ein seltsamer Kontrast, diese elegante Wäsche und die grob gekleideten Mädchen in ihrer häßlichen Anstaltstracht, deren heimliche Wünsche wohl oft der unter ihren Händen neu erstehenden Pracht gelten mögen.

Große, helle, moderne Arbeitsräume, moderne Maschinen überall; keine Neuerung fehlt: die Rationalisierung ist auch hinter die Klostermauern gedrungen. Siegeszug der Technik, des Fortschritts! Dazwischen, oft dicht dabei, andere Symbole: Heiligenbilder, kleine Nischen mit Mutter-Gottesfiguren und Kruzifixen, Schalen mit Weihwasser. Das Mittelalter lebt! Alles ist sehr sauber; es glänzt geradezu von Sauberkeit. Man sieht, es sind genug Hände da, die ständig scheuern und putzen. Der Arbeitstag der Mädchen geht von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends!

Wir treten in einen Saal, wo die Nähmaschinen rasseln. Kaum hat die Oberin die Türe geöffnet, da setzt wie mit einem Schlage alles aus, nichts ist mehr zu hören. Die Mädchen liegen tief gebeugt auf den Knien, im Chor erschallt der Gruß: Gelobt sei Jesus Christus! Erst als die Oberin erwidert hat: In Ewigkeit Amen!, stehen alle wieder auf. Das wiederholt sich, wohin wir kommen. Unterwürfigkeit und Demut liegt in dieser Haltung.

Die aufsichtführende Schwester sitzt überall auf dem erhöhten Katheder; weit, weit ab von der ersten Reihe der arbeitenden Mädchen. Sie kann alles übersehen — und der Abstand ist sichtbar genug. Ihre Autorität ist sinnfällig gemacht. Sie gehört nicht zu denen da unten.

Die beiden anderen nicken nur. Sie hatten auch einige Wochen Ferien in Italien. Ich frage sie, ob sie in Frankreich mehr sagen dürften als in Italien.

„Ja —, ja mehr, aber nicht viel. Die französische Polizei ist scharf. Organisieren wir uns in den Gewerkschaften, müssen wir riskieren, ausgewiesen zu werden.“ R. B.

Der Leopard.

Berlin hatte seine Sensation, eine schauerhafte Sensation:

Der Kunstmaler OTHEGRAVEN, ein früherer Afrikaforscher, hatte sich aus Afrika einen Leopard mitgebracht. Nun hauste das Tier in OTHEGRAVENS Wohnung. Ein zweijähriges Mädchen kam mit seiner Mutter zu O. Der Leopard riß sich los, schlug das Kind nieder, zerfleischte es. Und Berlin war entsetzt.

Man muß entsetzt sein. Aber worüber? Nicht darüber, daß ein junger Leopard trotz seines engen Gefängnisses — ohne Licht, ohne Luft und ohne Raum — noch nicht müde und zahm geworden war. Aber daß „gebildete“ Menschen es fertigbringen, ein Raubtier in ein Zimmer zu sperren — in diese scheußliche Gefangenschaft —, das ist entsetzlich.

Und viele Stimmen in der Öffentlichkeit mahnten: „Behandelt Tiere auch in der Gefangenschaft ihren Bedürfnissen entsprechend.“

Ihr guten „Tierfreunde“, wenn man den Tieren das Recht auf Freiheit überhaupt abstreitet, dann ist es nicht mehr wesentlich, wo man sie einsperrt, ob in das Zimmer, ob in eine Schaubude zum Vergnügen Schaulustiger oder in einem zoologischen Garten. Für das Tier bedeutet es das gleich Grausame: Gefangenschaft. Ihr allerdings wägt ab allein nach euren eigenen Vor- und Nachteilen.

Weil die wenigsten Menschen überhaupt die Interessen der Tiere achten, sondern allein ihre eigenen, darum ist es auch nicht verwunderlich, daß man sich jetzt des Leoparden kurzerhand völlig entledigte, nachdem seine Gefangenschaft den Menschen unangenehm geworden war. So ist auch das würdelose Nachspiel zu erklären, daß jetzt der Polizei-

Autorität und Abstand wahren! Nachher, als wir die Kapelle sehen, der gleiche Eindruck! Drei Kirchenschiffe, durch feste Wände voneinander getrennt. Selbst beim gemeinsamen Gottesdienst sitzen die Schwestern und die Mädchen nicht zusammen.

Warum tragen die Mädchen diese breiten verschiedenfarbigen Schärpen schräg über Brust und Rücken? Ja, das hat seine besondere Bewandnis. Diese Bänder zeigen den Dienstgrad an. Je nach Länge des Aufenthalts und nach der Führung rücken die Mädchen in eine höhere Stufe auf. Das Aufsteigen ist eine Ehre, das Steckenbleiben oder die Zurückversetzung eine Schande. Jedes Mädchen muß ständig diese Schärpe tragen.

Die Oberin lobt diese Einrichtung sehr. Sie erreichte damit, daß die Mädchen sich „gut führen“. Sie sei überhaupt für moderne Erziehungsmethoden; die Prügelstrafe würde z. B. gar nicht angewandt. Hier verstünden die Schwestern es, die Seelen der Mädchen ohne dies zu lenken, vor allem durch Erziehung in der katholischen Lehre.

Auf Anordnung der Oberin bringen einige Mädchen uns ihre Stickerien, jedes Stück wird mit dem gleichen tiefen Knix dargereicht, und ein demütiges Lächeln wartet auf das Lob der kunstfertigen Arbeit. Sie wagen auf unsere Fragen nicht selber zu antworten; sie warten, bis die Oberin sie dazu auffordert oder selber die Antwort gibt. Moderne Erziehungsmethoden!

Die Schlaf- und Waschräume dürfen wir nicht sehen. Es entsteht eine verlegene Pause, als jemand danach fragt. Nein — Männer dürfen diese Räume nicht betreten!

Es gibt einen großen Garten und sogar einen Platz zum Ballspielen. Das gehört zur modernen Erziehung.

Es ist gut, daß der Garten so groß ist, sagt die Oberin. So ist genügend Gelegenheit zum Spaziergehen gegeben! Ja, aber . . . wir verstehen noch nicht recht . . . gehen denn die Mädchen niemals aus der Anstalt heraus? Sind sie eingesperrt? Nein, sie gehen niemals heraus, solange sie hier sind. Das dauert für manche viele Jahre! Höchstens in ganz dringenden Fällen und den sehr seltenen Besuchen zu Hause. Auch die Schwestern außer der Pförtnerin, die den Verkehr, z. B. mit den Lieferanten, vermittelt, verlassen niemals das Kloster-Mitten in der Großstadt — lebendig begraben! . . .

Warum? Einflüsse von außen könnten das Erziehungswerk stören! Auch Radio gibt es — darum nicht. Geistige Anregungen? Gewiß! Der Anstaltsgeistliche hält ab und zu belehrende Vorträge, auch der Herr Hilfsprediger. Manchmal spielen die Mädchen sogar Theater. Besonders ausgesuchte Stücke natürlich!

Wir holten tief Luft, als wir wieder auf der Straße standen. Zwei Stunden in dieser Atmosphäre katholischer Klostererziehung benehmen einem den Atem! Manchem von uns war zum erstenmal aufgegangen, was diese Erziehung bedeutet. Andere meinten allerdings: Nun, eigentlich haben die Mädchen es doch gut. Sie haben gutes Essen, sie lernen etwas, sie werden nicht geschlagen.

Auf die Blindheit solcher Urteile spekuliert die Kirche, wenn sie ihren Seelensfang mit Wohltätigkeit würzt, um ihn so dem Volk schmackhafter zu machen. Als ob reichliches Essen und die Vermittlung nützlicher Kenntnisse einen jungen Menschen jemals entscheidigen könnten für den Knechtsinn, der ihm in einer solchen Klostererziehung aufgezwungen wird.

präsident wegen seiner Verordnung, den Leoparden erschließen zu lassen, auf Schadenersatz verklagt wurde: von dem Schaubudenbesitzer, der um sein Geschäft gebracht würde, und von OTHEGRAVEN, bei dem der Tod eines Kindes und eines Tieres nicht ausreichte, ihn zu bewegen, über seine eigenen vermeintlichen Ansprüche den Mund zu halten.

Gerecht aber wäre es gewesen — ganz unabhängig davon, was für eine Strafe OTHEGRAVEN für seine Schuld am Tode des Kindes erhalten sollte —, wenn man dem jungen Leoparden auf Kosten des Malers die Freiheit in der afrikanischen Steppe wiedergegeben hätte, statt ihn zu erschließen. I. H.

Ein Kind gegen den Krieg.

In der „Koralle“ fand ich einen Aufsatz „Eskimo-Duelle“. Ich schreibe das, weil ich im „Funken“ sehr viel vom Krieg lese. Die Eskimos führen untereinander nicht mit Waffen und der Faust Kämpfe, sondern mit ihrer Stimme. Sie veranstalten einen Kampf der Lieder zwischen den Gegnern. Der Kampf beginnt mit der Herausforderung eines Gegners durch den anderen. Solche Kämpfe werden meist im Sommer geführt. Dann kommen viele Menschen mit ihren Zelten auf die Lagerplätze, um an dem Kampf mit teilzunehmen oder zuzugucken. Die Spottlieder auf den Gegner hat man schon vorher gedichtet, teilweise dichtet man sie aber auch erst im Kampf. Beim Gesang tanzen die Gegner und schwingen ein Tamburin. Die Lieder zählen alles auf, was der Gegner verbrochen hat, und versuchen ihn nach besten Kräften lächerlich zu machen. Wer die Lacher zuletzt auf seiner Seite hat, ist Sieger. Der Besiegte kann durch solch eine Niederlage so beschämt und verachtet werden, daß er auswandern muß.

Meine Meinung dazu: Ist es so nicht viel schöner? Es kostet kein Menschenleben. Alle Eskimo-Väter kommen gesund wieder nach Hause. Keine Familie leidet Not, weil der Vater im Kriege gefallen ist. Nach meiner Meinung sind deshalb die Eskimos mit die anständigsten Menschen. Es ist nur nicht schön, daß sie Tiere töten und das Fell als Kleidung nehmen. A. R.

Die RGO.

Was die „Neue Zeitung“ berichtet:

Die „Neue Zeitung“ (KPD) berichtete am 16. Januar von einer spontanen Streikkundgebung im Reichsbahn-Ausbesserungswerk (RAW) München-Freimann. Danach waren die Arbeiter beim Empfang ihrer auf Grund der Notverordnung stark gekürzten Löhne derart empört, daß sie die Arbeit nicht wieder aufnahmen, sondern zum Betriebsrat demonstrierten und den Werkdirektor zu sprechen wünschten.

Diese Bewegung gegen den erfolgten Lohnraub veranlaßt die „Neue Zeitung“ zu der Feststellung, daß es an der Zeit wäre, einen roten Kampfausschuß zu bilden, damit die kampfbereiten Betriebsarbeiter nicht der Führung in ihrem Kampfe entbehren müßten.

Was die „Neue Zeitung“ verschweigt:

Im RAW Freimann sind rund 1500 Arbeiter beschäftigt. An der eben geschilderten Protest-Aktion haben sich nur etwa 35 Arbeiter aus der Halle 6 beteiligt. Selbst RGO-Anhänger blieben der Kundgebung fern.

Ein Tag nach Erscheinen des Berichts in der „Neuen Zeitung“ stellten die Beteiligten fest, daß er nicht der Wahrheit entspreche. Fürchtend, daß ihnen auf Grund dieses aufgebauchten Berichtes dienstliche Schwierigkeiten entstehen könnten, beschlossen die Arbeiter, zum Werkdirektor zu gehen und sich zu entschuldigen.

Der RGO-Betriebsrat der Halle 6 versuchte, sie von diesem Vorhaben abzubringen. Vergebliches Bemühen! Die tags zuvor noch kühn Protestierenden baten den Werkdirektor wegen des Berichts in der „Neuen Zeitung“ höflich um Entschuldigung und sprachen ihr Bedauern über den erlogenen Bericht aus. Der Werkdirektor, soviel Vertrauen würdigend, erteilte den Sündern Absolution. — Auch der RGO-Betriebsrat der Halle 6 hat gegenüber dem Werkdirektor die Erklärung abgegeben, daß der Bericht in der „Neuen Zeitung“ nicht der Wahrheit entspreche.

Bei den Betriebsrätewahlen 1931 im RAW hat die Liste der RGO die meisten Stimmen (535) erhalten. Sie duldet aus „Propagandazwecken“ die Unwahrheiten der kommunistischen Presse, die den wahren Stand der Bewegung verschleiern und ihre Anhänger unnötigerweise der Gefahr der Entlassung und dem Gespött der anderen Kollegen aussetzen. Sie verdient nicht das im Jahre 1931 bei den Betriebsrätewahlen in sie gesetzte Vertrauen. L. W.

Die Selbstkritik.

Im Bericht der „Roten Fahne“ über die 5. Generalversammlung des kommunistischen „Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins“ lesen wir über die Rede des Kollegen SCHOLZ: „Scharf stellte er die Notwendigkeit, einen Streikfonds zu schaffen, . . . als besondere Lehre der Januarbewegung heraus, wobei er in offener Selbstkritik feststellte, daß die Hauptschwächen der Januarbewegung auf die noch ungenügende Interessenvertretung der Arbeiter durch den roten Verband sowie auf die mangelhafte Gewerkschaftsarbeit unter den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen zurückzuführen seien.“

Daß die roten Verbände eine „noch“ ungenügende Interessenvertretung der Arbeiter darstellen und daß die Mitglieder der RGO infolge mangelhafter Gewerkschaftsarbeit kein großes Ansehen unter den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen genießen, ist bekannt — und nicht verwunderlich, wenn die „Januarbewegung“ nötig war, um die RGO-Führer darüber zu belehren, daß man für Streiks einen Streikfonds braucht. F. G.

Die Unbelehrbaren.

In einem Augsburger Werk war zwei Mitgliedern des Betriebsrates, die kommunistische Flugblätter mit der Aufforderung zur Arbeitsniederlegung verteilt hatten, gekündigt worden. Da sich der Betriebsrat hinter seine Mitglieder stellte und sich mit der Maßregelung nicht einverstanden erklärte, wurde das Arbeitsgericht angerufen, das dahin entschied, daß die Werkleitung zur sofortigen Entlassung berechtigt war.

Nach zwölfjährigem Bestehen des Betriebsrätegesetzes sollten eigentlich die revolutionären Mitglieder von Betriebsvertretungen wissen, daß sie für solche — an sich natürlich nicht zu beanstandenden, aber für Mitglieder des Betriebsrates verboten — Handlungen fristlos entlassen werden können. Die KP sollte sich um eine solche einfache Schulung der kommunistischen Betriebsratsmitglieder wirklich mehr bemühen. Oder gilt es bei ihr für revolutionär, auf solche Weise seine Arbeitsstelle zu verlieren?

Gewiß ist nicht das Kleben am Arbeitsplatz revolutionär. Aber die KP muß bedenken, daß mit einer so unbesonnen ausgeübten Betriebsvertretung nur dafür gesorgt wird, daß linke Genossen und Kollegen auf die Straße fliegen. Das kann sie selber nicht wollen; denn sie erstrebt doch den Zustand: Jeder Betrieb eine Festung für die Revolution! Wenn sie ihre Betriebsräte aber nicht anders anleitet, werden die Betriebe Festungen des Reformismus sein und bleiben. W—er.

Lohnkampf im Buchdruckgewerbe.

e Berlin, 5. Februar.

Das Graphische Kartell teilt mit:

Der Parole der Buchdruckunternehmer, den Abbau der über tariflichen Löhne durchzuführen, haben sich weitere Firmen angeschlossen. Sämtliche davon betroffenen Belegschaften haben einmütig den Abbau von 50 Prozent der über tariflichen Bezahlung, wie jeden sonstigen Abbau abgelehnt.

Um zu dieser durch die Buchdruckunternehmer heraufbeschworenen Situation Stellung zu nehmen, beruft das Graphische Kartell zu Sonnabend, den 6. Februar, mittags 2 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine Zusammenkunft sämtlicher freigewerkschaftlichen Betriebsräte der von der 50prozentigen Abbauforderung betroffenen Firmen ein.

Die Betriebsratsvorsitzenden werden ersucht, am Freitagabend bis 1/7 Uhr dem Gauvorstand der Buchdrucker persönlich Mitteilung über die Lage in den betreffenden Betrieben zu übermitteln.

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, wurde von einer unverantwortlichen Stelle, und zwar von dem Betriebsrat der Firma BOLL, gez. W. KRUSEMARK, eine Einladung an 19 Berliner Großfirmen versandt, in der zu einer Besprechung aufgefordert wurde. Die Organisationsleitungen haben dem Betreffenden jede weitere Einmischung untersagt und erwarten von allen Betriebsfunktionären, daß sie in dieser bittersten Zeit nur den Weisungen der graphischen Organisationsleitungen folgen und alle Parolen entschieden zurückweisen.

Der Polizeikonflikt in Braunschweig.

RO. Braunschweig, 4. Februar.

Wir hatten schon berichtet, daß der nationalsozialistische Minister KLAGGES den Polizeibeamten verboten hat, fernerhin dem Landesverband der Polizeibeamten als Mitglieder anzugehören, da dieser Verband Beziehungen zur kommunistischen Partei unterhalte. Der DBB hat am Montag in einer Beamten-Kundgebung gegen die Verletzung des Mitgliedsrechtes der Polizeibeamten protestiert. Die NSDAP veranstaltete am Tage darauf eine Gegenkundgebung.

Die DBB-Kundgebung.

Etwa 500 Beamte waren erschienen, eine sehr geringe Zahl, wenn man sich die Bedeutung des Verbots für die Beamten vor Augen hält. Wie das in Braunschweig üblich ist, versuchten die Nazis die Kundgebung zu stören. Sie wurde trotzdem in muster-gültiger Weise zu Ende geführt. Der Beifall für die Redner brachte die Schreier — unter ihnen fiel der Hilfsreferent im Volksbildungsministerium besonders auf — zum Schweigen oder veranlaßte sie, den Saal zu verlassen.

Der Bericht über den Fall, der KLAGGES zu seinem Einschreiten angeblich veranlaßt hat, zeigte, daß kein berechtigter Anlaß zu einem Vorgehen gegen den Polizeibeamtenverband vorgelegen hat. Ja, es kam zum Ausdruck, daß die Ver-

bandsleitung „sehr loyal, ja boinaho zu loyal“ gehandelt hat. Die Rede des Bundesvorsitzenden des DBB, FLÜGEL, war ein Muster von Sachlichkeit. Solche Reden sind heute selten und fallen darum besonders auf. FLÜGEL klagte Horn KLAGGES des Verfassungsbruches an und kündete ihm den Kampf des DBB mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln an.

Die NSDAP-Kundgebung.

Unter den 600 bis 700 Teilnehmern waren sehr viele Nicht-Beamte. Aber, während in der DBB-Kundgebung die Lehrer nur spärlich vertreten waren, traten sie hier zahlreicher auf und zeigten z. T. stolz ihr Hakenkreuz.

Der nationalsozialistische Referent im Volksbildungsministerium, der ehemalige Lehrer SCHMIDT, hielt eine Rede, die ausschließlich eine Schimpfkampagne gegen die Führer des DBB war. Nach ihm versuchte ein Telegraphen-Inspektor den Versammelten klar zu machen, daß der Berufsbeamte Nationalsozialist sein müsse. Denn nur der nationalsozialistische Staat garantiere das Berufsbeamtentum und Sorge für die Ausrottung des Parteibuchbeamten. Der Redner hatte hier anscheinend seinen Vorredner vergessen, der sich nur auf Grund seines Parteibuches zum „Fassadenkletterer“ hatte ausbilden können. (Von dem Gendarmerie-Kommissar von Hildburghausen, Herrn ADOLF HITLER, war noch nichts bekannt.) Die Versammelten merkten nichts. Alle — auch die „Fassadenkletterer“-Anwärter deutscher Art — spendeten reichlich Beifall. Ein widerliches Schauspiel!

Wie es um die im „Dritten Reich“ angeblich vorhandene Freiheit der Person und der Meinungsäußerung bestellt ist, wurde in der Versammlung demonstriert. Ein Zwischenrufer wurde unverzüglich unter SA-Aufsicht gestellt.

Wie wird der Konflikt in Braunschweig auslaufen? Vielleicht hebt der Reichsinnenminister GROENER auf die Beschwerde des DBB hin das Verbot für die Polizeibeamten auf. Er hat ja erst vor wenigen Tagen Herrn KLAGGES gezwungen, die „Braunschweigische Landeszeitung“ auf acht Tage zu verbieten. Aber was ist durch solche Eingriffe gewonnen?

Die „Landeszeitung“ wird ihre Hetze im Dienste der Nationalsozialisten weiter betreiben. Herr KLAGGES wird weiterhin über die Polizei herrschen und sie vornehmlich gegen die Arbeiterschaft einsetzen. Daß Herr GROENER in der „Ordnungszelle im deutschen Staat“ — so wird Braunschweig von den Nationalsozialisten bezeichnet — wirklich Ordnung schaffen, d. h. Herrn KLAGGES dahin schicken wird, wohin er gehört, damit ist ernstlich nicht zu rechnen. Das zu tun, bleibt nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterschaft.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“

zum Preis von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Der „ISK“ behandelt alle wichtigen Fragen des Klassenkampfes.

Er gehört in die Hand aller denkenden Menschen als

Waffe im Kampf gegen die Ausbeutung!

Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto

IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

FREUNDE UND LESER

der neuen Tageszeitung „Der FUNKE“. Wir bitten dringlich um tatkräftige und erfolgreiche Unterstützung. Werdet feste Bezieher und

WERBT Abonnenten. Ein fester Abonnentenstamm ist das beste Fundament. Werbt deshalb fröhlich. (Einen neuen Abonnenten im Monat sollte jeder schaffen.)

GEBT und sammelt Beiträge zum Pressefonds, damit wir auf- und ausbauen können.

BRINGT uns Inserate und inseriert selber. Wir empfehlen unseren Lesern täglich, die Anzeigen zu beachten und zu bevorzugen.

Postanschrift: IVA, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheckkonto: Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler).

Ohne revolutionäre Theorie
keine revolutionäre Praxis!

Lest die politischen Schriften
Leonard Nelsons,

die gerade in der heutigen Zeit des Chaos und der Ziellosigkeit besondere Bedeutung haben. Der Einführung in Nelsons Ideen dient vor allem die Schrift:

Öffentliches Leben

35 Seiten

80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch. Hannover 60648)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S 14

Zur 40-Stunden-Woche.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im zweiten Halbjahr 1931.

Der Statistik des ADGB entnehmen wir folgende Zahlen über den Prozentsatz der arbeitslosen Kollegen in den wichtigsten Verbänden des ADGB. Wir vergleichen die Zahlen für Dezember mit denen für Juni, also für die Zeit unmittelbar vor den großen finanziellen Erschütterungen des vergangenen Jahres:

	Arbeitslose in Prozent	
	Juni	Dezember
Konjunkturgruppe:		
Bergarbeiter	14,8	17,6
Metallarbeiter	30,2	41,6
Textilarbeiter	21,5	28,1
Bekleidungsarbeiter	32,5	41,6
Holzarbeiter	47,6	61,9
Gesamtverband (öffentl. Betriebe, Verkehr)	10,6	16,2
Konjunkturgruppe, i. Durchschn.	24,8	33,9
Saisongruppe:		
Baugewerksbund	55,3	84,4
Zimmerer	60,7	86,4
Maler	56,6	88,4
Steinarbeiter	51,3	88,2
Grobkeramik	41,7	73,3
Saisongruppe, im Durchschnitt	54,1	84,2

Die Zahlen der organisierten Kollegen im ADGB sind in der Konjunkturgruppe zurückgegangen von 3 208 736 im Juni auf 3 009 826 im Dezember; in der Saisongruppe von 728 925 auf 649 878.

Die 40-Stunden-Woche kommt nicht ohne Kampf.

Den Presseberichten des IGB entnehmen wir folgende Ausführungen, die der IGB an die oben wiedergegebenen Zahlen anknüpft:

Was ist aus der Notverordnung vom 5. Juni 1931 geworden, durch die die gesetzliche Grundlage für die Einführung einer behördlichen Arbeitszeithöchstdauer von 40 Stunden wöchentlich geschaffen wurde? Wie seinerzeit die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag von der Regierung anlässlich der Schaffung eines Arbeitsschutzgesetzes verschleppt wurde, so hat der deutsche Reichsarbeitsminister auch jetzt wieder die Bestimmungen der besagten Notverordnung mit vielen Worten begraben. Seiner Betuenerung, daß die Regierung „nach wie vor die Verkürzung der Arbeitszeit für dringend erwünscht hält“, steht die Tatsache gegenüber, daß praktisch nichts geschehen ist, und zwar auch in jenen Fällen nicht, wo die „technische und wirtschaftliche Möglichkeit“ erwiesen ist. Freiwillige Vereinarbeitungen sind nicht zustande gekommen. Das Wort „der Freiwilligkeit“ wurde vom Unternehmertum nur so lang im Umlauf gehalten, als man befürchtete, die Regierung würde vielleicht ohne diese Bekundung des guten Willens energisch durchgreifen. Jeder Unternehmer aber weiß heute, daß die Regierung auf diesem Gebiete doch nichts tun wird. Daß sie nichts tun wird, beweist eine neuerliche Stellungnahme des Reichsarbeitsministers, in der es unter anderem heißt: „Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen.“

Der Vorstand des ADGB hat daraufhin kürzlich einen Brief an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, in dem er sagt: „Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. . . . Der Vorstand des ADGB fordert daher, daß die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und ohnehin ungenügend weitgehenden Vollmacht ungesäumt im weitesten Umfange Gebrauch macht

und sofort, soweit die Verordnung solches irgendwie zuläßt, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt.“

Aus der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts.

Nachdem der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts Ende vorigen Jahres die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Vereinbarung der 40-Stunden-Woche abgelehnt hatte, nahm sich eine Kommission der Sache an. Diese Kommission hat nun dem Verwaltungsrat einen Bericht erstattet, an dem folgendes bemerkenswert ist:

1. *Stil:* Die Kommission „empfiehlt verschiedene Maßnahmen der Aufmerksamkeit aller Industrieländer“; sie „hält es mehr als je für wünschenswert, daß . . .“; sie „erinnert, ohne die Initiative zu internationalen Verhandlungen ergreifen zu wollen, daran, daß . . .“; sie „bittet den Direktor, diese Vorschläge und Wünsche zu prüfen, . . . entsprechende Studien vorzunehmen, um eventuell bei der Einberufung von Konferenzen, die diesem Zwecke nützlich sein können, den in Frage kommenden Regierungen (!) seine Dienste leisten (!) zu können“.

2. *„Vorschläge und Wünsche“:* Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag möge ratifiziert, „auf alle Fälle“ aber „in Erwartung seiner Ratifizierung seine Prinzipien auf der ganzen Welt durchgeführt“ werden. „Wo es die technischen Bedingungen, die Zusammensetzung des Personals und die Lage der einzelnen Beschäftigten erlauben, soll eher die individuelle Arbeitszeit des gesamten Personals verkürzt als zu Entlassungen geschritten werden.“ „Wenn man gleichzeitig auf die Verteilung der Arbeit unter eine möglichst große Anzahl von Arbeitern sowie auf die Respektierung des guten Geschäftsganges und die Sicherung eines angemessenen Lohnes für jeden Arbeiter bedacht sein will, scheinen bei den Bedingungen der jetzigen Krise die besten Resultate in jenen Fällen erreicht worden zu sein, wo die wöchentliche Arbeitszeit um 40 Stunden herum schwankte.“ (Nach den Presseberichten des IGB.)

Welche stichhaltigen Gründe lassen sich von Unternehmern noch gegen die 40-Stunden-Woche vorbringen, wenn es selbst einer Kommission, die so ehrlich „darauf bedacht ist“, den kapitalistischen Regierungen „Dienste zu leisten“, „scheint“, daß die 40-Stunden-Woche „die besten Resultate“ erreicht?

Urteil der Bergarbeiter-Internationale über die Kohlenkonferenz.

IGB. Die zu Beginn dieses Jahres in Genf abgehaltene Konferenz von Regierungsvertretern von Großbritannien, Deutschland, Polen, Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei und der Niederlande zur Besprechung der Möglichkeiten der Ratifizierung der internationalen Arbeitszeitkonvention für den Bergbau hat in verschiedenen Ländern eine so gute Presse gehabt, daß es nicht unangebracht erscheint, die Meinung der Bergarbeiter-Internationale über diese Tagung bekanntzugeben. Die Exekutive dieser Internationale hat eine Sitzung abgehalten, in der sie einstimmig „mit Entrüstung feststellte, daß die Konferenz der Regierungen keine befriedigenden Schlüsse gefaßt hat“. Daß die Arbeiten bis zum April vertagt würden, „wird von den Bergleuten aller Länder in tiefster Enttäuschung zur Kenntnis genommen werden“.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Zwickau: Montag, den 8. Februar, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße.
Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.
Freie Aussprache. Eintritt frei.

„Gnädige Frau, der Bauer weiß nicht, an wen sie es abzugeben befehlen“, sagte Dunjascha wieder.

Die gnädige Frau öffnete den Brief, fuhr, sobald sie das Geld erblickte, zusammen und versank in Gedanken. „Das schreckliche Geld! Wieviel Unheil es anrichtet!“ sagte sie.

„Es ist Dutlow, der es gebracht hat, gnädige Frau. Befehlen Sie, daß er weggehen soll, oder belieben Sie, zu ihm ins Empfangszimmer zu kommen? Ist das Geld noch vollzählig?“ fragte Dunjascha.

„Ich will dieses Geld nicht. Es ist schreckliches Geld. Was hat es angerichtet! Sag' ihm, er soll es für sich behalten, wenn er will“, sagte die gnädige Frau plötzlich und suchte dabei nach Dunjaschas Hand. „Ja, ja, ja“, wiederholte sie, als das Mädchen sie erstaunt ansah; „mag er es ganz für sich nehmen und damit tun, was er will!“

„Anderthalbtausend Rubel“, bemerkte Dunjascha, leise lächelnd, als ob sie ein Kind vor sich hätte. „Mag er es ganz nehmen!“ wiederholte die gnädige Frau ungeduldig. „Verstehst du mich denn nicht? Dieses Geld ist Unglücksgeld; rede nie wieder mit mir davon! Mag dieser Bauer das, was er gefunden hat, für sich behalten! Geh; so geh doch!“

Dunjascha ging wieder in das Mädchenzimmer. „Ist es vollzählig?“ fragte Dutlow. „Zähle es doch selbst nach!“ erwiderte Dunjascha und übergab ihm den Brief. „Ich soll es dir zurückgeben.“ Dutlow nahm seine Mütze unter den Arm und begann in gebückter Haltung das Geld durchzuzählen. „Ist kein Rechenbrett da?“

Er meinte, die gnädige Frau verstehe in ihrer Dummheit nicht zu zählen und habe es ihm daher aufgetragen. „Das Nachzählen kannst du zu Hause besorgen! Das Geld gehört dir!“ sagte Dunjascha ärgerlich. „Die gnädige Frau sagt: Ich will es nicht mehr sehen; gib es dem wieder, der es gebracht hat.“

Dutlow blickte, ohne sich aufzurichten, Dunjascha starr an. Dunjaschas Tante schlug vor Erstaunen die Hände zusammen.

Wechsel im Schatzamt in USA.

New York, 4. Februar. Wie in Washington amtlich bekanntgegeben wird, ist Unterstaatssekretär OGDEN MILLS zum Schatzsekretär als Nachfolger von MELLON ernannt worden.

MELLON, der jetzt Botschafter in London geworden ist, war ein sehr konservatives und einflußreiches Mitglied der amerikanischen Regierung. Sein Austritt aus dem Kabinett bedeutet vermutlich eine Schwenkung in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Es ist anzunehmen, daß es jetzt eher zu einer Arbeitslosenfürsorge von Bundeswegen und zu Steuererhöhungen für die oberen Einkommenstufen kommt, wogegen die Bundesregierung sich bisher aufs Äußerste sträubte.

Die Jesuitenfrage in Spanien.

Madrid, 4. Februar. In der Kammersitzung am Donnerstag richteten die Agrarier und Basken an die Regierung eine Anfrage über die Auflösung des Jesuiten-Ordens und besonders über die entschädigungslose Enteignung der Ordensgüter. Die Stimmung war von Anfang an sehr erregt. Zu stürmischen Szenen kam es, als der radikalsozialistische Justizminister ALBORNOZ die Verteidigung des Dekrets gegen die Jesuiten begann. Besonders bemerkenswert waren seine Erklärungen über die Enteignung, die in dem Satz gipfelte: „Die Gesellschaft Jesu ist aufgelöst; eine nicht bestehende Gesellschaft kann kein Eigentum haben.“ Den Einwürfen der katholischen Parteien der Kammer traten die Vertreter der radikalsozialistischen und sozialdemokratischen Mehrheit mit Entschiedenheit entgegen.

Es wurde eine Entschließung der Mehrheitspartei eingebracht, daß die Jesuitenfrage verfassungsmäßig bereits festgelegt sei und daß sich damit jede weitere Aussprache erübrige. Der Antrag wurde gegen die 45 Stimmen der Katholiken angenommen. Die Jesuiten haben mit Ablauf des Mittwoch ihr gesamtes Eigentum dem Staat widerstandslos übergeben und zum größten Teil das Land verlassen.

Aus Frankreich.

Paris, 5. Februar. „Matin“ berichtet, daß BOUILLON-LAFONT, der Berichterstatter des Heeresausschusses, in der französischen Kammer Angaben gemacht habe über deutsche Geheimrüstungen.

Zur Stützung der französischen Schiffahrts-Gesellschaft.

Paris, 5. Februar. Der Finanzausschuß des Senats nahm mit 19 gegen eine Stimme den Regierungsvorschlag an, der Compagnie Générale Transatlantique sofort eine Anleihe von 110 Millionen Franken zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes zu gewähren. Die für die Fortsetzung der bereits in Angriff genommenen Neubauten erbetene Summe von 90 Millionen Franken wurde dagegen abgelehnt. Der Ausschuß forderte die Regierung auf, in einem besonderen Gesetz die Mittel vorzuschlagen, die geeignet seien, die Fortsetzung dieser Neubauten zu sichern.

Das gefesselte Frauenrecht.

Paris, 5. Februar. Am Donnerstag unternahm eine Frau von der Galerie aus im französischen Senat eine eindringliche Propaganda für das Frauenstimmrecht. Sie warf zunächst Propagandazettel in den Saal; als dann der Präsident die Räumung der Galerie forderte, stellte sich heraus, daß die Frau durch eine doppelt verschlossene Kette an ihrem Sitz festgehalten war. Die Bank, auf der sie saß, mußte erst zersägt und sie mit ihrem Sitz hinaus transportiert werden. Im Senatsbüro erklärte sie, sie habe sich selber gefesselt und den Schlüssel zum Schloß in einem Briefumschlag dem Senatspräsidenten zugeschickt. In einem beigelegten Schreiben hatte sie den Präsidenten gebeten, sich für das Frauenwahlrecht einzusetzen; die Befreiung von ihren Fesseln durch den Präsidenten sollte als Symbol für die Befreiung der bisher unterdrückten Frauen gelten.

POLIKEI.

Von Leo Tolstoi.

(18. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

„Was soll ich tun?“ sagte Dutlow, den Brief hin und her drehend. „Es ist eine bedeutende Geldsumme. Steht auch wirklich darauf, daß es an die gnädige Frau ist?“ fragte er Dunjascha, die ihm nun noch einmal die Adresse vorlas.

Er hatte es vorher noch immer nicht recht geglaubt, sondern gedacht, das Geld gehöre der gnädigen Frau, vielleicht nicht und man habe ihm die Adresse falsch vorgelesen. Aber nun bestätigte es ihm Dunjascha. Er seufzte, schob den Brief in die Brust und schickte sich an, fortzugehen.

„Dann muß ich ihn wohl dem Landkommissar abgeben,“ sagte er.

„Warte, ich will es noch einmal versuchen und der gnädigen Frau alles sagen“, hielt ihn Dunjascha zurück, die aufmerksam das Verschwinden des Briefes an der Brust des Bauern verfolgte. „Gib den Brief her!“

Dutlow holte ihn wieder hervor, legte ihn aber nicht so gleich in Dunjaschas ausgestreckte Hand.

„Sagen Sie nur, Semjon Dutlow habe ihn auf der Landstraße gefunden.“

„So gib ihn doch her!“

„Ich dachte zuerst, es wäre nur so ein gewöhnlicher Brief; aber ein Soldat las mir vor, daß es ein Brief mit Geld sei.“

„Aber nun gib ihn doch her!“

„Ich habe darum gar nicht gewagt, erst zu mir nach Hause zu gehen . . .“ sagte Dutlow wieder, ohne sich von dem kostbaren Briefe trennen zu können. „Möden Sie das nur so!“

Dunjascha nahm den Brief und ging noch einmal zur gnädigen Frau.

„Ach, mein Gott, Dunjascha“, sagte die gnädige Frau in vorwurfsvollem Tone; „rede mir doch nicht von diesem Geld! Wenn ich nur an den kleinen Knaben denke . . .“

„All ihr lieben Heiligen! Dem hat Gott einmal Glück gegeben! All ihr lieben Heiligen!“

Das zweite Stubenmädchen konnte es nicht glauben. „Was reden Sie, Awdotja Nikolajewna? Sie machen wohl Scherz?“

„Na ja, Scherz! Sie hat mir befohlen, das Geld dem Bauer zurückzugeben. . . Na, nun nimm dein Geld und mach', daß du fortkommst!“ sagte Dunjascha, ohne ihren Aerger zu verbergen. „Des einen Loid ist des andern Freud.“

„Das ist kein Spaß, anderthalbtausend Rubel,“ sagte die Tante.

„Noch mehr,“ bestätigte Dunjascha. „Na, nun wirst du wohl dem heiligen Nikolaus eine Kerze für zehn Kopoken aufstellen,“ fuhr sie spöttisch fort. „Du kannst wohl gar nicht zu dir kommen? Und wenn es noch einem Armen zugefallen wäre; aber der hat so schon genug.“

Dutlow begriff endlich, daß es kein Scherz war, und begann, das Geld, das er zum Zwecke des Zahlens auseinandergelegt hatte, zusammenzunehmen und in das Kuvert zu stecken; aber die Hände zitterten ihm, und er sah immer die Mädchen an, um sich zu vergewissern, daß es keine Neckerei sei.

„Seht nur, er kann gar nicht zu sich kommen, so freut er sich,“ sagte Dunjascha, die zu verstehen geben wollte, daß sie sowohl den Bauer als auch das Geld verachte. „Zeig' her, ich werde es dir hincintun!“

Sie wollte das Geld nehmen; aber Dutlow gab es nicht her; er knitterte die Banknoten zusammen, schob sie noch tiefer hinein und griff nach seiner Mütze.

„Freust du dich?“

„Ich weiß gar nicht, was ich sagen soll. Das ist ja gerade, als ob . . .“

Er sprach den Satz nicht zu Ende, sondern machte nur mit der Hand eine Bewegung des Staunens, schmunzelte, weinte beinahe und ging hinaus.

Die Klingel im Zimmer der gnädigen Frau ertönte.

„Nun, hast du es ihm zurückgegeben?“

„Jawohl.“

„Wie ist's? Hat er sich sehr gefreut?“

(Fortsetzung folgt.)

Interessante Zahlen aus Dänemark.

Günstige Wirkungen der dänischen Agrargesetzgebung.

Dänemark ist als Agrarland bekannt. Umso überraschender ist es, zu hören, daß nur 33 Prozent der dänischen Bevölkerung von der Landwirtschaft leben (im Deutschen Reich 23 Prozent). Die übrigen Dänen ernähren sich zu einem großen Teil von Handwerk und Industrie, nämlich zu 29 Prozent (Deutschland: 41 Prozent). Vergleicht man jedoch die Anzahl der Betriebe und der Berufstätigen in der Landwirtschaft mit denen in Handwerk und Industrie, so springt die größere Bedeutung der Landwirtschaft deutlich in die Augen: die Anzahl der Betriebe beträgt in der Landwirtschaft 206 000, in Handwerk und Industrie 89 000, die Anzahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft etwa 500 000, in Handwerk und Industrie zusammen 392 000.

Im Verhältnis zur Industrie ist die handwerkliche Produktion in Dänemark außerordentlich weit ausgedehnt. Von der Gesamtbeschäftigtenzahl in beiden Berufsgruppen entfielen auf die Industrie im Jahre 1925: 199 000 oder 51 Prozent, auf das Handwerk 193 000 oder 49 Prozent. Die entsprechenden Zahlen betragen für Deutschland 71 und 29 Prozent. Und während in Deutschland in den 30 Jahren vor 1926 die Zahl der selbständigen Handwerksmeister um 4,5 Prozent gesunken ist, ist in Dänemark in ungefähr der gleichen Zeit die Anzahl der Handwerksbetriebe um 4,7 Prozent, die Anzahl der selbständigen Handwerker um 3,7 Prozent gestiegen.

Wie kommt das? Die Kraft des dänischen Handwerkerstandes hat ihre Wurzel in der vernünftigen Agrargesetzgebung Dänemarks (die dazu geführt hat, daß der Klein- und Mittelbesitz in der dänischen Landwirtschaft bei weitem überwiegt). Dafür sprechen unter anderem folgende Tatsachen. Erstens: Während, wie gesagt, nur 33 Prozent der dänischen Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, wohnen 56 Prozent der Gesamtbevölkerung auf dem Lande. Zweitens: Diejenigen Handwerksarten, die einen besonders hohen Aufschwung erfahren haben, sind solche für den Konsumbedarf mittelmäßig begüterter Menschen: die Friseur- und Barbier- haben die Zahl ihrer Betriebe in der Zeit von 1897—1925 um 275 Prozent erhöht, die Maler um 90, die Glaser um 84, Bäcker um 38, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure um 21, Maurer und Bauunternehmer um 12 Prozent.

Wir wissen, daß auch in Deutschland in den jüngsten Jahren die Anzahl der Betriebe in bestimmten Handwerkszweigen — nämlich denen mit verhältnismäßig billigen Produktionsmitteln — ausgedehnt worden ist. Heft 2 des „Deutschen Handwerksblattes“ vom 15. Januar 1932 stellt zum Beispiel als Ergebnis einer Umfrage des Reichsbundes des Deutschen Maler- und Lackiererhandwerks vom Frühjahr 1931 fest, daß die Anzahl der Betriebe in diesem Handwerkszweig seit dem Jahre 1927 — also in kurzer Zeit — um 5,6 Prozent gestiegen ist. Doch was in Deutschland heute ein Zeichen der Verzweiflung ist, das war in Dänemark die Folge einer gesunden Entwicklung der Basis aller Produktionserweiterung: der Erweiterung der Konsumentenkaufkraft. Dafür zum Schluß der Beweis:

Die durchschnittliche Jahreseinnahme des dänischen Handwerksmeisters hatte sich in den Jahren 1908 bis 1920 nicht wesentlich verändert. Dagegen war der Reallohn der Handwerksgehilfen 1920 im Verhältnis zu 1915 ganz erheblich gestiegen, nämlich

bei den Schneidern um 71 Prozent, den Uhrmachern und Goldschmieden um 60 Prozent, den Zimmerern um 55 Prozent, den Maurern um 55 Prozent, den Tischlern um 53 Prozent, den Sattlern um 27 Prozent u. s. w. Die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer hatten eine so starke Verbesserung erfahren, daß die bestentlohnten Festangestellten 1920 die Lebenshaltung des in Dänemark durchaus wohlhabenden Mittelstandes erreichten. Diese günstige Entwicklung ist durch die Wirtschaftskrise unterbrochen worden, von der Dänemark aber bemerkenswerter Weise erst als letztes Land (Ende 1930) ergriffen wurde.

Die genannten enormen Erhöhungen des Reallohnes sind in Dänemark wohl in erster Linie auf die straffe organisierten Gewerkschaften Dänemarks zurückzuführen. Die straffe Organisation der dänischen Gewerkschaften ihrerseits hat eine wesentliche Wurzel in der guten dänischen Agrargesetzgebung, die den Zutritt zu einem menschenwürdigen Leben auf dem Lande offenhält. Dieselbe Gesetzgebung ist es, die eine verhältnismäßig gleichmäßige Verteilung des Wohlstands zur Folge gehabt und Dänemark dadurch verhältnismäßig krisenfest gemacht hat.

Berta Rode.

Im Ernst: Künstliches Kleinwasser!

In unserem Sammelbericht über Staatseingriffe („Das nennen sie Wirtschaftspolitik“) erwähnten wir als letzten den Vorschlag des Generaldirektors Dr. WELKER vom HANIEL-Konzern, durch Vereinbarungen einen niedrigeren Wasserstand auf dem Rhein festzulegen. WELKER hat nunmehr seine bisher im einzelnen nicht bekannten Pläne veröffentlicht. Er schlägt vor, daß alle Schiffe auf dem Rhein von mehr als 500 Tonnen auf Grund eines Vertrages zwischen den Rheinuferstaaten neu geeicht werden sollen. Er hält eine solche Aenderung der Eichung für erforderlich, daß künftig nur 70 Prozent der bisherigen Höchstfracht geladen werden dürfen. WELKER macht den Vorschlag der Neu-Eichung, weil er es für unwahrscheinlich hält, daß eine kartellähnliche Abmachung unter den Hunderten von Reedereien und Einzelschiffen, die noch dazu fünf Nationen angehören, zustande kommt und eingehalten wird.

Nun weiß WELKER genau, wozu die künstliche Beschränkung des Schiffsraumes führen wird, nämlich dazu, daß dieser beschränkte Schiffsraum intensiver ausgenutzt wird, durch Verlängerung der Fahrzeit. Darum schlägt er sofort einen weiteren Eingriff vor: die Unterbindung der heute vielfach üblichen Nachfahrten und allgemeine Einführung der Sonntagsruhe.

Alle diese Maßnahmen würden natürlich dazu führen, daß die Selbstkosten der Schiffer steigen. Muß denn unbedingt die ganze Wirtschaft in denselben Zustand wie die Schwerindustrie gebracht werden, in der alle Unternehmungen ihre Betriebe schlecht ausnutzen und deshalb teuer produzieren? Der Ausgangspunkt der Krise liegt doch gerade in der Senkung der Selbstkosten durch volle Ausnutzung der besten Unternehmungen!

Die deutsche Bauwirtschaft ist tot.

Rund 5 Millionen Menschen (Erwerbstätige und deren Angehörige) leben in Deutschland von der Arbeit im Baugewerbe und der Baustoffindustrie, richtiger: sie wollen davon leben. Denn die deutsche Bauwirtschaft ist nahezu völlig zum Erliegen gekommen, wie die nachstehenden Zahlen zeigen, die wir dem neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung entnehmen.

Anfang Januar waren nur 14 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bauwerksbundes in Arbeit (gegenüber 32 Prozent zur selben Zeit im Jahre 1931 und 45 Prozent 1930).

300 000 Kolonisten an; 1786 bestand etwa ein Drittel der Bevölkerung Preußens aus Kolonisten oder deren Nachkommen.

Wohl um den Stand der Siedlungstätigkeit von heute den Besuchern der Ausstellung recht deutlich zu machen, steht auf dem Ausstellungsgelände an einer Hauptstraße ein größeres Gebäude. Ueber der Tür in großen Buchstaben: „Siedlung gibt Arbeit, Heimat und Brot.“ An der Tür ein Schild: „Dieses Gebäude ist für Besucher nicht zugänglich.“ Durch die Fenster sieht man im Inneren alte Stühle und Kisten, ein Plakat: „Der Landwirt braucht Regen, Sonne und Rundfunk“ und zwei große Wandtafeln über die Erfolge der Siedlung von 1919—1929. Man kann die Zahlen von außen nicht lesen. Wie winzig die Erfolge sind, weiß man ja auch so.

„Deutsches Dorf.“

Jenes verschlossene Haus steht nahe der Station der Liliputbahn: „Deutsches Dorf.“

Auf dem Gelände daneben sieht man ein Landarbeiterhaus mit luftigen Stuben. In deutschen Dörfern habe ich ein solches Haus noch nicht gesehen.

Ein anderes Haus, ein Bauernhaus, elektrisch eingerichtet mit elektrischer Nähmaschine, elektrischem Küchenherd, elektrischem Bügeleisen u. s. w. Auch so etwas habe ich in deutschen Dörfern noch nicht gesehen. In ihnen tut auch ganz anderes not als elektrische Nähmaschinen!

Einige gut gebaute Bauerngehöfte und Gärtnerhäuser sind wirklich Musterbauten, vor allem in der Anordnung der Räume. Sie standen schon vor der „Grünen Woche“; sie sind der „Nachlaß“ einer früheren Ausstellung.

Inmitten einer großen Ausstellungshalle steht ein großer viereckiger Kasten der Deutschen Bauernschaft zwischen all dem anderen Kram. Genau so verloren und verraten stehen die Bauern tatsächlich inmitten der großagrarischem Phrasen. Auch hierin gibt also die Ausstellung einen richtigen Eindruck von der Wirklichkeit. Die Deutsche Bauernschaft, eine vom Landbund selbständige Bauernorganisation, stellt einige nüchterne und doch wirksame graphische Darstellungen aus, die einen Teil der Ursachen der heutigen Bauernnot beleuchten, nicht aber die wichtigste Ursache: den Zusammenhang zwischen schwindender Arbeiterkaufkraft und einkommens Bauernwohlstand.

In den Betrieben des Baugewerbes sank die Ausnutzung der Arbeitsplätze von 27 Prozent im Juli auf 11 Prozent im Dezember.

In den Groß- und Mittelstädten sind im dritten Vierteljahr 1931 um 5 Prozent, im Oktober und November um 32 Prozent weniger Wohnbauten als im Vorjahr vollendet worden. Die Bauerlaubnisse und Baubeginne für Wohnbauten erreichen nur rund ein Fünftel des Vorjahreshöhe. (Dabei wurden bereits 1931 nur rund 200 000 Wohnungen erstellt gegenüber rund 310 000 im Jahre 1930.)

Ende Dezember waren nach der Gewerkestatistik nur noch 16 Prozent der Arbeiter der Baustoffindustrien voll beschäftigt gegenüber 30 Prozent im Dezember 1930.

So weit hat man es durch eine Unzahl von Staatseingriffen in die Wohnungswirtschaft gebracht, daß die Bauindustrie, von der nach früheren Krisen stets die Belegung ausging, selber noch weniger Leben zeigt als andere Wirtschaftszweige. Es ist daher notwendig, auf dem Gebiet der Bauwirtschaft nach so viel falschen Staatseingriffen nun einen richtigen zu machen und der Bauwirtschaft (statt der Schwerindustrie!) durch Subventionen zu helfen.

Die Lage in den USA.

Die Zahl der Arbeitslosen in den USA wird auf 7 bis 10 Millionen geschätzt. Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt New York beträgt 800 000, in Chicago 624 000. Die Zahl der unterstützten Familien ist in Chicago während des vergangenen Jahres von 13 000 auf 97 000 gestiegen.

Die Summe der ausgezahlten Löhne lag 1931 um 11 Milliarden Dollar (46,2 Milliarden Mark) unter der des Vorjahres; das entspricht einer Senkung um nahezu ein Drittel.

Ford hat nach seinen Angaben im vergangenen Jahr nur 1 Million Dollar Gewinn gemacht. Die Autofirma AUBURN Motor Co. weist für das am 30. November abgeschlossene Geschäftsjahr 3,6 Millionen Dollar Gewinn aus, gegenüber 1 Million Dollar im Vorjahr.

Die Stahlindustrie ist im Durchschnitt zu 26 Prozent ausgenutzt. Einzelne Werke jedoch zu 55 Prozent; andere liegen also völlig oder fast still.

1931 haben 2290 Banken die Zahlungen eingestellt. (Zum Verständnis: in den USA gibt es keine Banken mit Filialen; die Zahl der Banken ist daher dort weit größer als zum Beispiel in Deutschland.) Die Gesamteinlagen der in Schwierigkeiten geratenen Banken beliefen sich auf über 1½ Milliarden Dollar.

Die Zahl der Bankrotte war 1931 größer als je zuvor. 28 000 Firmen machten Bankrott mit Verpflichtungen von 736 Millionen Dollar.

HOOVER appelliert an die amerikanischen Bürger, ihn im Kampf gegen die Geldhämsterer zu unterstützen; manche an sich gesunde Bank sei durch das Abheben und Hamstern von Geld zu Grunde gerichtet worden. HOOVER schätzt, daß 1,3 Milliarden Dollar gehamstert worden sind (über 5,4 Milliarden Mark).

Zur Lage in Deutschland.

Der Eisenverbrauch in Deutschland betrug:

1927	10,5 Millionen Tonnen
1930	10,5 Millionen Tonnen
1931	10,5 Millionen Tonnen

Die Sparkasslagen bei den deutschen Sparkassen betragen Ende Dezember 1931 nur noch 9722 Millionen Mark, gegenüber 9745 Millionen Mark Ende November 1930. Der Rückgang der Einlagen während des Monats Dezember 1931 war größer, als die oben genannten Zahlen zunächst vermuten lassen; in der Zahl für Ende Dezember sind nämlich 175 Millionen Mark Zins- und Aufwertungsgutschriften enthalten. Der Ueberschuß der Auszahlungen über die Einzahlungen betrug tatsächlich ebenso wie im Vormonat rund 200 Millionen Mark.

Der Kaliabsatz im Januar 1932 machte nur etwa zwei Drittel des Absatzes vom Januar 1931 aus. In den ersten neun Monaten des Düngejahres (Mai bis Januar) wurden insgesamt 5,8 Millionen Doppelzentner Reinkali abgesetzt gegenüber 8,2 Millionen Doppelzentner im Vorjahr.

Ausbeutung.

Abgesehen davon, daß die ganze Ausstellung den Zustand der heutigen Ausbeutung widerspiegelt, ist eine ganze Halle besonders der Ausbeutung gewidmet. Ein riesiger Raum hängt voller Jagd-„Trophäen“. „Beutestücke aus...“, melden große Ueberschriften an den Wänden. Ob wohl einige der Besucher denken, daß die beiden Worte „Beute“ und „Ausbeutung“ allerhand miteinander zu tun haben?

Traurig ist, daß ausgerechnet ein Verein von Ausbeuteten, die AEG-Sportangler, das größte der Angler-Beutestücke ausstellen: den großen Kopf eines 100-pfündigen Welses.

Warum das Ganze?

Der Vollständigkeit halber: An vielen Einzelständen war noch mancherlei zu sehen, vom „Schnellkochtopf“ bis zur besten „Dauer-Bügefalte“. Man fragt sich: Wozu der ganze Aufwand?

In früheren Jahren bildete die „Grüne Woche“ den Rahmen für große Kundgebungen des Landbundes. Man hat in diesem Jahr auf sie verzichtet. — So kann die Ausstellung nur dazu dienen, den Städtern, die nicht sehr kritisch hinschauen, ein völlig falsches Bild von der deutschen Landwirtschaft und der Agrarkrise zu vermitteln. Das ist natürlich ein wichtiger Zweck der Ausstellung. Ferner dient die Ausstellung wie in den Vorjahren dazu, Landwirten einen willkommenen Vorwand zu geben, sich eine Woche in Berlin zu amüsieren. Dieser Zweck ist verhältnismäßig harmlos neben dem anderen, die großagrarischem Propaganda in möglichst weite Bevölkerungskreise zu tragen (während der ersten Hälfte der Ausstellungswochen wurden rund 300 000 Besucher gezählt).

Nur weil wir diese Propaganda ernst nehmen müssen, um sie wirksam bekämpfen zu können, habe ich hier so ausführlich über die Ausstellung der „Grünen Woche“ berichtet. Der großagrarischem Propaganda dient ja nicht nur die eine Ausstellung, sondern auch Hunderte von Bildern und Artikeln, die in die Presse gebracht werden, Hunderte von Reden, die vor Städtern und Bauern gehalten werden. Die Gegenaufklärung, die wir im „Funken“ begonnen haben, ist vorläufig nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Jeder städtische Arbeiter, der einen unserer Aufsätze über landwirtschaftliche Fragen unter Bauern verbreitet, ja auch nur einem Bauern in die Hand gibt, tut ein wichtiges Stück Kleinarbeit im Klassenkampf gegen die Ausbeutung.

Grüne Woche.

Einheitsfront.

Die große Ausstellung während der Berliner „Grünen Woche“ soll dazu dienen, für Erzeugnisse der deutschen Land- und Forstwirtschaft zu werben, wie man sagt: eine Einheitsfront zwischen Stadt und Land herzustellen. Das Land ruft: „Kauft nur deutsche Produkte!“ Die Kinder aus Berliner Volks-, Mittel- und höheren Schulen antworten in Zeichnungen und Versen — die ausgestellt und zum Teil prämiert sind — brav, wie befohlen:

„Kein Grund, daß Du die Fremden lobst.
Hilf Deutschland! Kauf nur deutsches Obst!“

Gibt es wirklich keinen Grund, die sorgfältig ausgewählten und verpackten amerikanischen und australischen Äpfel zu loben? Man soll sie so lange loben, bis alle deutschen Obstzüchter sich endlich zu vernünftiger Sortenauswahl und Verpackung bequemen! (Lehrreich dafür ist die Sonderausstellung des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung: Verpackungsmaterial im In- und Ausland.)

„Kauft deutsche Ware, was nur sei,
Gemüse, Obst und allerlei
Und denkt daran, was ich Euch sage:
Dadurch gibt es bessere Tage!“

Dieses Kind weiß gewiß nicht, daß Tausende von Kindern es schon heute besser hätten, wenn mehr Auslandsgetreide billig hereingelassen würde.

Die auf der Vorspiegelung von Tatsachen und auf dem Verschweigen von Tatsachen aufgebaute Einheitsfront wird nicht ewig halten! Sie wird nur durch den Appell an nationalistische Triebe zusammengehalten, wie der Landbundespräsident Graf KALCKREUTH verraten hat, als er einmal die Vergleichung deutscher und ausländischer Getreidepreise als Landesverrat bezeichnete.

Siedlung.

Unter den graphischen Darstellungen über Siedlung ist nur diejenige bemerkenswert, die von den Erfolgen FRIEDRICHS des Großen berichtet. Weil hier von Erfolgen berichtet werden kann, fällt sie völlig aus dem übrigen Rahmen heraus. Wir lesen: FRIEDRICH der Große siedelte in 46 Jahren